

A4 Tax the West statt Frust für den Rest!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 10.11.2025
Tagesordnungspunkt: 3. Leitantrag

Antragstext

1 Tax the West statt Frust für den Rest!

2 35 Jahre Ungleichheit

3 35 Jahre nach der Wiedervereinigung ist die Republik noch immer von
4 strukturellen Ungleichheiten geprägt. Diese Unterschiede orientieren sich noch
5 immer an der ehemaligen Grenze zwischen DDR und BRD. Schuld daran ist auch ein
6 vermasselter Transformationsprozess, bei dem ostdeutsche Perspektiven und
7 Bedürfnisse ignoriert wurden. Statt auf Augenhöhe auszuhandeln, wie dieser neue
8 gemeinsame Staat aussehen soll, wurde dem Osten das System der BRD übergestülpt.
9 Fortschrittliche Aspekte, wie z.B. beim Abtreibungsrecht, bei der
10 Kinderbetreuung oder bei der Festschreibung von sozialen Grundrechten, wurden
11 nicht berücksichtigt.

12 Mit Elitenimporten aus Westdeutschland wurde der Osten nach neoliberalen
13 Vorstellungen und ohne Rücksicht auf die Strukturen vor Ort privatisiert und
14 ausverkauft. Mit hohen Kosten für die Menschen im Osten: Jobverlust und
15 Statusverlust, reduzierte Frührente und Aberkennung von Abschlüssen.

16 Die Folgen sind bis heute deutlich spürbar. Ostdeutschland ist im Vergleich zum
17 ehemaligen Westen überproportional von Abwanderung betroffen. Fehlende
18 Infrastruktur, medizinische Versorgung oder ein mangelnder Zugang zu kulturellen
19 Angeboten sind knallharte Realität. Bis heute wohnen Ostdeutsche bei Wessis zur
20 Miete.

21 Mit Überalterung, ohne Konzepte für die Jugend im ländlichen Raum und immer
22 präsenterer rechter Politik ist der Osten gerade für junge Menschen oft nicht
23 attraktiv, was zu weiterer Abwanderung führt.

24 Seit der Wende finden ostdeutsche Biographien kaum politisches Gehör. Ganz im
25 Gegenteil! In der aktuellen Bundesregierung gibt es gerade mal drei ostdeutsch
26 sozialisierte Minister*innen, die Quote bei Leitungsposten in Justiz und
27 Wirtschaft ist mit gerade einmal 2-4% noch viel geringer.

28 Es hat sich eine gewisse politische Resignation breit gemacht. Eine Resignation,
29 die sich durch das Gefühl des „Vergessen-Worden-Seins“ und das Ignorieren
30 ostdeutscher Perspektiven sowie grundsätzlicher Gerechtigkeitsfragen eingestellt
31 hat. Diese Resignation wird von der AfD ausgenutzt. Mithilfe von
32 Heimatsidentität und falscher Nostalgie, nach Zeiten die es nie gab, heizt sie
33 die Angst vor Statusverlust an und beansprucht die Deutungshoheit über den Osten
34 für sich. Sie schüren rassistische Feindbilder und einen identitären Kult, der
35 Frust gegen marginalisierte Gruppen richtet, statt sich komplexen sozialen
36 Problemen zu stellen und echte Lösungen anzubieten. So wird über Zugehörigkeit
37 auf dem Rücken von Ausgrenzung, Hass und Hetze falsche Solidarität geheuchelt,

38 die aber nie praktisch wird. Das Ziel der Rechten war nie Gerechtigkeit, sondern
39 Machtergreifung und ein autoritärer Staatumbau.

40 Populismus statt gerechte Politik: Rechtsrutsch made by
41 "Mitte"

42 Ungleichheiten und deren Verhetzung von Rechts gibt es nicht erst seit gestern.
43 Trotzdem sind große Teile der Politik, was Antworten angeht, völlig blank. Nach
44 15 Jahren kommt die CDU auf die Idee, die AfD inhaltlich stellen zu wollen. Auf
45 kommunaler Ebene gibt es schon lange keine Brandmauer mehr und auch auf Landes-
46 und Bundesebene ist sie instabiler als die Carolabrücke in Dresden. Statt
47 Lösungen auf soziale Fragen, Repräsentationslücken, fehlende Infrastruktur,
48 Abwanderung und Strukturschwäche zu erarbeiten, wird die identitäre Masche von
49 rechts kopiert und nach unten und gegen marginalisierte Gruppen getreten.

50 Mit brutalem Durchgreifen, wie Grenzschießungen, wird Handlungsfähigkeit
51 vorgespielt, die in einer globalisierten Welt nicht existiert. Diese Politik
52 kann nur zu weiterer Enttäuschung führen, weil das Ziel der Abschottung und
53 Ausgrenzung in sich unmenschlich und faschistisch ist. Die Konservativen
54 (inklusive SPD) schaffen selbst die Grundlage, von Rechtsaußen ersetzt zu werden
55 und dabei die ganze Gesellschaft mit in den Untergang zu reißen, indem sie die
56 Abwärtsspirale von Hass und Hetze weiter füttern. Rechtes Gedankengut wird
57 weiter normalisiert, ohne an den Ursachen von Frustration und Misstrauen
58 irgend etwas zu verändern.

59 Auch die Kürzungspolitik auf Bundes- und Landesebene gießt dabei weiter Öl ins
60 Feuer! Statt Perspektiven zu schaffen, werden erfolgreiche Programme für Kultur,
61 Natur und Demokratie zusammengestrichen und Existenzen gefährdet. Menschen und
62 Regionen werden Chancen genommen, sich weiterzuentwickeln und dem Frust
63 Lebensqualität und Hoffnung entgegenzusetzen. Gemeinsame Projekte, die
64 Selbstwirksamkeit und Austausch fördern, werden aus ideologischen Gründen
65 beerdigt. Der Mindestlohn wird trotz großer Ankündigungen weiter von der
66 Mindestlohnkommission gesetzt und reicht auch nach Erhöhung nicht aus, um ein
67 würdiges Leben zu finanzieren. Gerade für die vielen Beschäftigten in
68 Ostdeutschlands Niedriglohnsektor ist das ein weiteres gebrochenes Versprechen!

69 Und nicht zuletzt die Sozialstaatsreformen auf Bundesebene sind brutale,
70 populistische Symbolpolitik, die kürzen, wo es nichts zu kürzen gibt und
71 Menschen in der Perspektivlosigkeit mit Sanktionen droht. Statt in einer
72 verunsichernden Zeit Sicherheit zu geben, wird öffentlich vermittelt: Wenn es
73 dir am schlechtesten geht, hast du von der Gesellschaft gar nichts zu erwarten!
74 Nachtreten statt Halt geben – get wrecked statt Respekt. Wie wenig kann man aus
75 der ostdeutschen Transformation gelernt haben?

76 Auch hier ist der Osten wieder einmal besonders betroffen. Ohne Tarifbindungen
77 sind viele Ostdeutsche vulnerabler. Insgesamt sind in Ostdeutschland mehr
78 Menschen von Sozialleistungen abhängig und direkt von Kürzungen betroffen. Ohne
79 Vermögen gibt es keine Rücklagen, die vor Härten schützen. Die Politik der
80 aktuellen Regierung ist staatlich organisierte Entsolidarisierung von einem
81 sowieso schon menschenunwürdigen Ausgangsniveau durch das viel zu niedrige
82 Bürgergeld. Diese Entsolidarisierung des Staates in Krisenzeiten ist dabei
83 gelebtes und geerbtes Trauma in Ostdeutschland, das weiter vertieft wird. Am
84 Ende dieses Prozesses stehen weiteres Misstrauen in die Politik,

85 Perspektivlosigkeit und eine eigene Entsolidarisierung der Menschen als Reaktion
86 auf die gesellschaftlichen Umstände, die sie erleben.

87 Aber das ist kein Naturgesetz...

88 Wir sind der Andere Osten!

89 ...denn viele in Ostdeutschland treten dieser Politik entgegen. In Bündnissen
90 gegen Rechts, Kulturvereinen und Kollektiven, in Gewerkschaften, in politischen
91 Jugendverbänden, auf CSDs und demokratischen Dorffesten gestalten wir den Osten
92 statt zu spalten. Wir alle sind der „Andere Osten“, der als Antwort auf
93 Strukturwandel, Abwanderung, Klassismus und Rassismus demokratische Perspektiven
94 bietet. Uns geht es darum, Ungerechtigkeit abzuschaffen, nicht darum, sie
95 auszuschlagen. Wir enttarnen die identitäre Masche, statt einzustimmen: Die
96 Antwort auf Frust und Enttäuschung ist Selbstwirksamkeit und Solidarität.

97 Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen. Von stilisierten Kulturkämpfen
98 und gegenseitigem „Nach-Unten-Treten“ profitieren nur die, die
99 Verteilungsdebatten verhindern wollen. Wir wollen nicht nur gleichwertige
100 Lebensverhältnisse, wir wollen ein gutes Leben für alle! Wir wollen blühende
101 Landschaften statt Blumensträußen auf Festakten! Wir wollen Landkreise, in denen
102 Jugend nicht Abhängigkeit bedeutet sowie Dörfer, in denen Kultur nicht nur auf
103 Streamingdiensten läuft. Wir wollen Sozialarbeit an Schulen, Kitas die nicht
104 marode sind und Mitbestimmung überall! Wir wollen ein sicheres Klima und
105 ertragbare Sommer in den Städten. Wir wollen Orte, die alle Willkommen heißen
106 und unabhängig von Gender, Herkunft, Hautfarbe, Behinderung ein Safe Space sind.
107 Wir fordern gerechten Lohn, gerechte Rente und Vermögensumverteilung!
108 Milliardär*innen sind eine Gefährdung für die Demokratie und die wenigsten
109 Villen stehen in der Uckermark oder am Thüringer Meer. „Tax the Rich!“ heißt
110 auch: „Tax the West!“

111 Rechtsrutsch ist kein Naturgesetz und Ostdeutschland hat schon einmal gezeigt,
112 dass es anders kann, als alle erwarten. Die Friedliche Revolution war ein Moment
113 der Befreiung – ein Moment der Solidarität im Widerstand, auf die Straße zu
114 gehen, ohne den Ausgang zu kennen. Sie war ein Moment der Selbstwirksamkeit, der
115 zeigt: Selbst eine Diktatur kann abgeschafft werden. Soziale Veränderung kann
116 schnell gehen und ihr Ausgang liegt an uns. Es ist keine Zeit für
117 Schwarzmalerei.

118 Nichts ist verloren und wir können so viel gewinnen!

119 Forderungen

120 Deshalb fordern wir auch innerverbandlich mehr Solidarität sowie finanzielle und
121 organisatorische Unterstützung von strukturstarken Westverbänden. Es braucht
122 mehr Bildungsarbeit zu Ost-West-Unterschieden, auch um Ostperspektiven zu
123 stärken. Unsere Situation muss bei Diskussionen immer mitgedacht werden, ohne
124 dass wir ständig sagen müssen „aber der Osten“!

125 Wir setzen uns für das Landtagswahljahr 2026 als Ziel, die ostdeutschen
126 Bundesländer, also Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, aktiv zu
127 unterstützen. Konkret bedeutet das für uns zum einen Support auf Social Media.

128 Außerdem planen wir im Sommer eine Wahlkampftour nach Sachsen-Anhalt. Dort
129 wollen wir tatkräftig personelle und organisatorische Unterstützung leisten.

130 Von der Landes- und Bundespolitik fordern wir:

- 131 • Rückführung privatisierter Wohnungen in öffentliche oder
132 genossenschaftliche Trägerschaft sowie Neubau. Die Kommunen müssen sich
133 mit Unterstützung von Land und Bund bemühen, die in den 1990er Jahren
134 privatisierten Wohnungen in öffentliche oder genossenschaftliche Hand zu
135 überführen. Dazu können staatliche Kredite bereitgestellt und durch
136 Mietzahlungen zurückgezahlt werden.
- 137 • Ostdeutsche Studienstiftung und Sonderfonds Jung & Ost. Viele Studis aus
138 Ostdeutschland kommen aus einer Arbeiter*innenfamilie. Eine Stiftung kann
139 Studierenden und jungen Menschen finanzielle Förderung bieten, stärkt
140 regionale Netzwerke, bindet Fachkräfte in Ostdeutschland, fördert
141 Chancengerechtigkeit. Zudem ermöglicht es, Projekte, Bildung oder
142 Genossenschaften in Ostdeutschland aufzubauen.
- 143 • Höhere Erbschaftssteuer - Gewinne aus einer höheren Erbschaftssteuer
144 müssen genutzt werden, um Ungleichheiten zwischen Ost- und Westdeutschland
145 bei der Vermögensbildung abzubauen. Wir fordern die Einführung eines hoch
146 angesetzten Grunderbes.
- 147 • Ausbau und finanzielle Sicherheit bzw. langfristige Förderung von
148 Jugendzentren, Kulturhäusern, Vereinen, Initiativen und linken Freiräumen,
149 die sich für Demokratie, Feminismus und Antirassismus einsetzen und somit
150 antifaschistische Praxis leben.
- 151 • Kultur der Solidarität fördern: Erinnerungsorte und Gedenkveranstaltungen
152 müssen gemeinsam mit Betroffenen gestaltet werden – weg vom Opferdiskurs,
153 hin zur Anerkennung von Widerstand und Selbstorganisation.
- 154 • Vergesellschaftung zentraler Infrastruktur (Energie, Wohnen, Bahn), um die
155 Fehler der neoliberalen Transformation rückgängig zu machen.
- 156 • Tarifbindung stärken: Staatliche Aufträge nur an Unternehmen mit
157 Tarifverträgen. Wir fordern die Tarifangleichung Ost/West, sodass es hier
158 keine negative Sonderposition des Ostens mehr gibt.
- 159 • Gerechte Strukturpolitik: ländliche Räume stärken, Gesundheitsversorgung
160 vor Ort ermöglichen, gezielte Finanzierung von Kulturoren,
161 Begegnungsorten und zivilgesellschaftlichen Projekten, Ausbau vom
162 öffentlichen Nahverkehr und Radverkehrsinfrastruktur für mehr
163 Unabhängigkeit für Jugendliche.
- 164 • Förderprogramme für Regionen, die durch Treuhand-Privatisierungen
165 besonders geschädigt wurden.
- 166 • Statusgarantie für Beschäftigte von erneuter Transformation betroffener
167 Industrien. Alle Beschäftigten dieser Industrien sollen neue Jobs mit

- 168 vergleichbaren Tarifbedingungen erhalten durch einen Tarifspiegel
169 Energiewende.
- 170 • Massiver Ausbau erneuerbarer Energien - Unterstützung durch Land und
171 Kommune zur Einrichtung von Energiegenossenschaften. Gewinnbeteiligung der
172 Kommunen und Bürger*innen vor Ort.
- 173 • Demokratische Bildung über die DDR Zeit und Transformationsjahre stärken:
174 Schulen und Jugendprojekte sollen nicht nur staatliche Repression und
175 Stasi behandeln, sondern auch Alltagsrealitäten und widerständige
176 Bewegungen (z. B. Frauen, Umwelt, Kirchen, linke Opposition).
- 177 • Antifaschistische Erinnerungspolitik der Nachwendejahre: Offizielle
178 Anerkennung der Opfer rechter Gewalt durch die Bundesregierung, Gedenktage
179 und Aufklärungsarbeit

Begründung

erfolgt im Antragstext

"Tax the West – statt Frust für den Rest!"

(Das heißt: Reiche Menschen und starke Regionen im Westen sollen mehr Steuern zahlen, damit es überall gerechter wird.)

35 Jahre nach der Wiedervereinigung

Vor 35 Jahren wurden Ost und West zu einem Land.

Aber: Es gibt noch immer große Unterschiede zwischen Ost und West.

Nach der Wiedervereinigung hat die Regierung vieles falsch gemacht.

Ostdeutsche Menschen konnten kaum mitbestimmen, wie das neue Deutschland aussehen soll.

Das System aus Westdeutschland wurde einfach übernommen.

Gute Dinge aus der DDR wurden nicht beachtet, zum Beispiel:

- bessere Kinderbetreuung,
- einfacherer Zugang zu Abtreibung,
- soziale Rechte für alle.

Viele Betriebe im Osten wurden verkauft oder geschlossen.

Viele Menschen verloren ihre Arbeit oder Rente.

Viele Abschlüsse wurden nicht anerkannt.

Bis heute gibt es Ungerechtigkeit

Im Osten gibt es oft:

- weniger Arbeitsplätze,
- weniger Ärzt*innen,
- schlechtere Bus- und Bahnverbindungen,
- wenig Kulturangebote.

Viele junge Menschen ziehen deshalb weg.

Es fehlen gute Ideen, um das zu ändern.

Das macht viele Menschen traurig oder wütend.

Nur wenige Ostdeutsche haben wichtige Posten in Politik oder Wirtschaft.

Viele fühlen sich nicht gehört.

Dieses Gefühl nutzt die AfD aus.

Sie tut so, als würde sie die Menschen verstehen.

Aber sie macht Politik mit Angst und Hass.

Sie will keinen gerechten Staat, sondern Macht.

Politik macht viele Fehler

Auch andere Parteien machen Fehler.

Sie bekämpfen soziale Probleme nicht wirklich.

Statt Lösungen zu finden, übernehmen sie Ideen von rechten Gruppen.

Zum Beispiel:

Sie wollen Grenzen schließen.

Aber das hilft niemandem.

Es schafft nur noch mehr Wut und Spaltung.

Der Staat spart Geld an der falschen Stelle:

- Kultur,
- Jugendprojekte,
- Klimaschutz,
- Bildung.

Viele Programme werden gestrichen.

So verlieren Menschen Hoffnung und Lebensqualität.

Der Mindestlohn ist zu niedrig.

Viele Menschen im Osten können davon nicht gut leben.

Auch das Bürgergeld ist zu gering.

Menschen, die wenig haben, werden oft bestraft statt unterstützt.

Das ist ungerecht und nimmt ihnen Würde.

Aber: Es geht auch anders!

Ungerechtigkeit ist kein Naturgesetz.

Viele Menschen im Osten kämpfen für Demokratie, Gerechtigkeit und Solidarität.

Zum Beispiel in:

- Vereinen,
- Jugendgruppen,
- Bündnissen gegen Rechts,
- Gewerkschaften,
- Kulturprojekten.

Diese Menschen sagen:

Wir wollen nicht spalten, sondern gemeinsam etwas verändern.

Wir sind der „Andere Osten“.

Wir wollen:

- gleiche Chancen für alle,
- gute Löhne,
- sichere Renten,
- starke Dörfer und Städte,
- Schulen und Kitas, die funktionieren,
- Orte, an denen alle willkommen sind – egal woher sie kommen, welches Geschlecht sie haben oder ob sie eine Behinderung haben.

Reiche Menschen und große Firmen sollen mehr Steuern zahlen.

Das nennt man: „Tax the West“.

So kann der Staat mehr in arme Regionen investieren.

Wir können etwas bewegen!

In der DDR gab es die Friedliche Revolution.

Viele Menschen gingen damals mutig auf die Straße.

Sie zeigten: Veränderung ist möglich.

Auch heute können wir gemeinsam etwas verändern.

Es ist keine Zeit für Angst – sondern für Mut!

Unsere Forderungen an Politik und Gesellschaft

1. Mehr bezahlbare Wohnungen:
Alte, verkauft Wohnungen sollen wieder der Allgemeinheit gehören.
Neue Wohnungen sollen gebaut werden.
2. Geld für junge Menschen aus dem Osten:
Eine Stiftung soll Studierende und Auszubildende unterstützen.
So können sie im Osten bleiben und dort Zukunft aufbauen.
3. Höhere Erbschaftssteuer:
Wer viel erbt, soll mehr Steuern zahlen.
Dieses Geld soll helfen, Ungleichheit zwischen Ost und West auszugleichen.
4. Mehr Geld für Jugendzentren, Kultur und Demokratieprojekte.
5. Erinnerung an Widerstand statt nur an Opfer:
Geschichte soll gemeinsam mit Betroffenen erzählt werden.
6. Wichtige Bereiche wie Energie, Wohnen und Bahn gehören in öffentliche Hand.
7. Gleiche Löhne in Ost und West:
Nur Firmen mit Tarifverträgen sollen staatliche Aufträge bekommen.
8. Stärkere Unterstützung für Dörfer und ländliche Gebiete:
Zum Beispiel bessere Gesundheitsversorgung und Busverbindungen.
9. Besondere Hilfe für Regionen, die durch die Treuhand besonders gelitten haben.
10. Sichere Jobs in neuen Industrien:
Menschen sollen beim Wandel (z. B. Energiewende) nicht ihre Arbeit verlieren.
11. Mehr erneuerbare Energien:
Menschen und Gemeinden sollen an Gewinnen beteiligt werden.
12. Bessere Bildung über die DDR-Zeit:
Schulen sollen nicht nur über die Stasi sprechen, sondern auch über Alltag, Umweltbewegung und Opposition.
13. Erinnerung an rechte Gewalt nach 1990:
Opfer sollen offiziell anerkannt werden.
Es soll Gedenktage und Aufklärung geben.

Zusammenfassung

Viele Menschen im Osten sind unzufrieden, weil sie sich vergessen fühlen.

Aber es gibt Hoffnung.

Wenn wir solidarisch sind und uns gegenseitig unterstützen,
kann sich vieles zum Guten verändern.